

11.06.2007

## RESOLUTIONSANTRAG

Landtag von Niederösterreich  
Landtagsdirektion  
Eing.: 11.06.2007  
Ltg.-887/V-5/8-2007  
~~Ausschuss~~

der Abgeordneten Mag.Riedl und Friewald

zur Gruppe 1 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2008,  
Ltg. 887/V-5

### betreffend **Unterstützung der freiwilligen Helfer und Organisationen im Katastropheneinsatz und Sicherung der finanziellen Ausstattung der Feuerwehren**

Im Zuge von zahlreichen und immer wiederkehrenden Katastropheneinsätzen sind zahlreiche Helfer in unermüdlichem Einsatz. Die meisten dieser Einsatzkräfte sind freiwillig, unentgeltlich und in ihrer Freizeit im Einsatz.

Um diese Helfer sowohl in immaterieller als auch in materieller Weise zu unterstützen, wurde die Bundesregierung mehrmals aufgefordert, unter Einbeziehung der Sozialpartner sowie der Bundesländer zu prüfen, inwieweit Personen, die als freiwillige Helfer, sei es im Rahmen von Organisationen oder außerhalb von solchen in Katastrophenfällen zum Einsatz gelangen etwa durch arbeitsrechtliche Maßnahmen und durch sozialrechtliche Absicherung, unterstützt werden können.

Außerdem hat sich der NÖ Landtag mehrmals mit der Finanzierung der Ausrüstung der notwendigen Fahrzeugen und Gerätschaften der Feuerwehren beschäftigt. Insbesondere wurde eine Erhöhung der Feuerschutzsteuer bzw., wenn diese Maßnahme nicht durchgeführt werden kann, andere Finanzierungsmöglichkeiten für die Feuerwehren bundesgesetzlich zu schaffen. Dafür wurde die Bundesregierung aufgefordert, verbesserte Finanzierungsinstrumente für die Feuerwehren zu schaffen.

Auf Initiative von Niederösterreich und massiven Druck von Landeshauptmann Dr.Erwin Pröll wurde 2006 für die Katastrophenfondsmittel und die Feuerschutzsteuer

eine Deckelung nach unten mit € 90 Mio. für ganz Österreich erreicht. Dies bedeutet im Schnitt für Niederösterreich ca. € 1 Mio. mehr pro Jahr für das Niederösterreichische Feuerwehrwesen.

Die Gefertigten stellen daher den

### **A n t r a g:**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, neuerlich an die Bundesregierung heranzutreten, um im Sinne der Antragsbegründung die arbeits- und sozialrechtliche Absicherung für freiwillige Helfer zu verbessern, sowie ein verbessertes Finanzierungsmodell für die Feuerwehren bundesgesetzlich zu schaffen.“